

Nr. 10 - Dezember 1979

Verantwortlich:

Gerd Brouwer - Detlef Hengelbrock - Rainer Korte - Günter Poggemann -
Hermann Raufhake - Reinhold Thiede

Anschrift: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7 G.M.Hütte, Tel. 05409/1487

Auflage: 100

Preis: 0,50 DM

Liebe Leser!

In Georgsmarienhütte und in der gesamten SPD diskutieren Sozialisten angesichts der zu erwartenden Parteitagebeschlüsse von Berlin (der Redaktionsschluß für diese Nummer lag vor Beginn des Parteitages), ob eine Mitarbeit in der Partei noch sinnvoll und tragbar ist.

Ein prominenter Sozialdemokrat, Jochen Steffen, zog bereits vorher die Konsequenzen.

Als Schwerpunkt dieser ZDJ stellen wir den Stand der Diskussion in unserer AG dar.

Inhalt:

Austritt aus der SPD? - Drei Diskussionspapiere	Seite 2
Notizen, Notizen ...	Seite 7
G.M.Hütte unter Beton	Seite 8
Zigtausend für die Schickeria	Seite 8
Gendarstellung	Seite 9
Ein Männlein steht im Walde ...	Seite 10
Wochen gegen Neo - Nazis - ein Rückblick	Seite 10
Radwegeplan der SPD	Seite 12
Reklame verstopft die Briefkästen	Seite 12



*„Frohe
Weihnacht
dann noch,
nä...“*



Austritt aus der SPD?

Drei Diskussionspapiere



I.

Mit dem SPD-Parteitag stellt sich für viele (linke) SPD-Mitglieder die Frage, ob sie nach dem Parteitag noch in der SPD mitarbeiten können und wollen. Auf diesem Parteitag fallen Entscheidungen, die in wesentlichen Fragen den Kurs der Partei mindestens für den Anfang der 80er Jahre bestimmen werden.

In diesem Artikel soll - in Form einer pro- und contra Gegenüberstellung - diskutiert werden, unter welchen Bedingungen wir in der SPD weiter mitarbeiten können und unter welchen nicht. Dabei geht es hauptsächlich um 3 Gesichtspunkte:

- (a) die gesamte politische Entwicklung in der BRD und die Folgen daraus für eine organisatorische Zugehörigkeit;
- (b) um inhaltliche Fragen und ihre Bedeutung für die Zugehörigkeit zur SPD;
- (c) um die Alternative zur SPD und die Einschätzung der "GRÜNEN".

Vorweg ist zu unterstreichen, daß die Entscheidung ob Austritt oder weitere Mitarbeit von uns nicht leichtfertig getroffen wird: unsere mühselige, es sich nicht leichtmachende Diskussion zeigt, daß die Mitgliedschaft in der SPD keine taktische/opportunistische Position ist, sondern von der Sache und der Betroffenheit der beteiligten Personen abhängig ist.

- zu (a) -

1. Pro Mitgliedschaft SPD: Die SPD repräsentiert die Arbeiter und größtenteils die Arbeitnehmer, die Ursache und Ziel jeder sozialistischen Politik sind. Dies war vor und ist nach dem Parteitag der Fall.

Contra Mitgliedschaft: Diese Verankerung darf nicht bedeuten, jede Art von Politik mitzumachen. Wenn wir in zentralen Fragen die Position der Partei (und vermutlich sehr vieler Arbeitnehmer) nicht mehr teilen und auch keine Chancen mehr für eine grundlegende Veränderung sehen, können wir nicht mehr mitarbeiten.

2. Pro: Jede Schwächung der SPD kann sich als Beitrag zu einem Wahlsieg der Reaktionäre unter Strauß erweisen.

Contra: Strauß zu verhindern, ist keine Politik. Es muß auch um Inhalte gehen. Strauß kann auch durch einen Wahlerfolg der Grünen verhindert werden, was gleichzeitig auch die Durchsetzung bestimmter Inhalte bedeutet.

3. Pro: Die Linke in der SPD muß weiter erhalten bleiben, weil nur über sie eine Beeinflussung der Partei- und Regierungspolitik möglich ist.

Contra: Insgesamt ist die Linke in der SPD (soweit es sie überhaupt gibt) letztlich einflußlos, sie dient wohl eher der Legitimation und der Anbindung außerhalb der Partei stehender Personen.

4. Pro: Punkt 3 ist auch auf die Grünen in der SPD zu beziehen. Tatsache ist, daß nur über/mit/durch die SPD ein weiterer Ausbau der Atomenergie zu verhindern ist.

Contra: Gerade durch die Umweltschutzbewegung außerhalb der SPD ist die Diskussion in der Partei erst in Gang gekommen. Gerade bei einer parlamentarischen "Bedrohung" ist die SPD u.U. eher bereit, ihre Position zu ändern.

5. Contra: In vielen Fragen (Aufzählung ist nicht unbedingt vollständig) macht die Bundesregierung unter maßgeblicher SPD-Beteiligung eine Politik, die von Linken (oder Humanisten) nicht zu akzeptieren ist.
AUSSENPOLITIK: Zusammenarbeit mit Südafrika, beste wirtsch. Kontakte, nukleare Kooperation; keine Unterstützung der SWAPO und anderer Befreiungsbewegungen; Waffenlieferungen und andere Unterstützung von Diktaturen wie Iran, Nicaragua, Argentinern, Chile usw.; Interessengemeinschaft mit den USA in der 3. Welt: Vietnam, Kuba ...

ENTWICKLUNGSHILFE: marktwirtschaftliche Prinzipien (z.B. letzte UNCTAD Konferenz); absolute und relative Höhe der staatlichen Aufwendungen.

MILITÄRPOLITIK: Neutronenbombe, permanente Aufrüstung, Anteil des Verteidigungshaushaltes ist nicht zurückgegangen; blinde Unterstützung der USA.

INNENPOLITIK: Beteiligung am Abbau der Grundrechte (§ 88, Berufsverbote, Kontaktsperregesetz, Isolationshaft, Aufrüstung von Polizei und BGS, Telefonabhöraffaires, bedrohliche Computerisierung; Kneifen oder gar Beteiligung an Zensurmaßnahmen: Lodemann, Walraff, Totschweigen bestimmter Autoren; unbegrenzter Straßenbau, kein Tempo 100, keine Förderung des Fahrrads; Zurückweichen in der Bildungspolitik: Hochschulrahmengesetz, Berufsbildungsabgabe; Unternehmerorientierte Wirtschaftspolitik (Streichung der Lohnsummensteuer, Senkung Vermögenssteuer, Förderung der Investitionsmöglichkeiten der Unternehmer statt der Kaufkraft.

...

Pro: Mehr ist beim Bewußtseinsstand der Bevölkerung, bei der Mitbeteiligung der FDP und der Stärke der Rechten nicht zu machen. Außerdem herrscht in folgenden Fragen Übereinstimmung:

- Rundfunkfreiheit, Privatfunk, NDR
- Ostpolitik
- Aussperrung
- Kampf gegen Neo-Nazismus

Außerdem hat in den folgenden Punkten die SPD zumindest Schlimmeres verhütet:

- Waffenlieferungen
- Zimbabwe
- Entwicklungshilfe
- Grundrechte

6. Contra: Größtenteils hat die Parteimehrheit/Parteispitze ähnliche Positionen wie die Regierung. Innerhalb der Partei kommt an Differenzen hinzu:

- SPD-eigene Presse,
- Mitarbeit im VVN
- administrative Maßnahmen gegen Linke
- Einschätzung der Euro-Kommunisten
- Einschätzung der Grünen

Pro: Die Partei/Parteispitze stellt immer noch ein Korrektiv dar und ist z.B. aufgrund der Zugehörigkeit zur Sozialistischen Internationale gezwungen, andere Positionen einzunehmen und auf die Bundesregierung einzuwirken.

Übereinstimmung mit der Parteispitze herrscht z.B. in folgenden Fragen:

- Gesamtschule, größtenteils Vorstellungen zur Bildungspolitik
- Privatisierung öffentlicher Aufgaben
- tendenziell in Fragen der Entwicklungshilfe/Außenpolitik
- paritätische Mitbestimmung, Aussperrung

7. Pro: In Georgsmarienhütte herrscht in der SPD und ihren Gremien ein offener, intensiver Diskussionszusammenhang, in dem unsere Positionen angehört werden und zum Teil auch Berücksichtigung finden. Die bisherige und zukünftige kontinuierliche Diskussion und Arbeit macht es möglich, daß die SPD 1981 zu einer echten Oppositionsrolle findet.

Tatsache scheint zu sein, daß Entscheidungen in Sachfragen nicht mehr so leicht durchlaufen, sondern "erarbeitet" werden.

Ein Austritt vieler Jusos würde die Partei insgesamt mehr nach rechts drängen, da dann kaum noch Mitglieder da sind, die alternative Positionen vertreten.

Nicht zu unterschätzen sind auch die persönlichen Beziehungen, die bislang aufgebaut wurden und für den kommunalpolitischen Einfluß bedeutsam sind. Daneben wäre bei einem Austritt der Erhalt von Informationen schwieriger und die öffentliche Artikulation von Meinungen fast unmöglich. Die Existenz von GRÜNEN in Gmhütte, das Fehlen einer Linken in der Partei, der damit vorhandene Druck auf SPD und CDU könnte ein stärkeres Zusammengehen von SPD und CDU bewirken. Z.Zt. ist nicht abzuschätzen, ob bei einer (möglichen?) Mehrheit von GLU und SPD eine "Koalition" von der SPD angestrebt würde.

Contra: Zumindest Umweltschutzgesichtspunkte würden in Gmhütte offensiver vertreten werden können. In wichtigen Fragen konnte bisher keine Einigkeit erzielt werden:

- Verlegung B 51
 - R 33
 - Straßenbau in Gmhütte
 - Selbstverwaltung im Jugendzentrum
- Die meisten SPD-Mitglieder stehen in ihrem Denken, was parlamentarische und repräsentative Demokratie, Einschätzung von Bürgerinitiativen, außerparlamentarische Aktivitäten u.ä. betrifft, möglicherweise der CDU näher als den Sozialisten in der SPD.

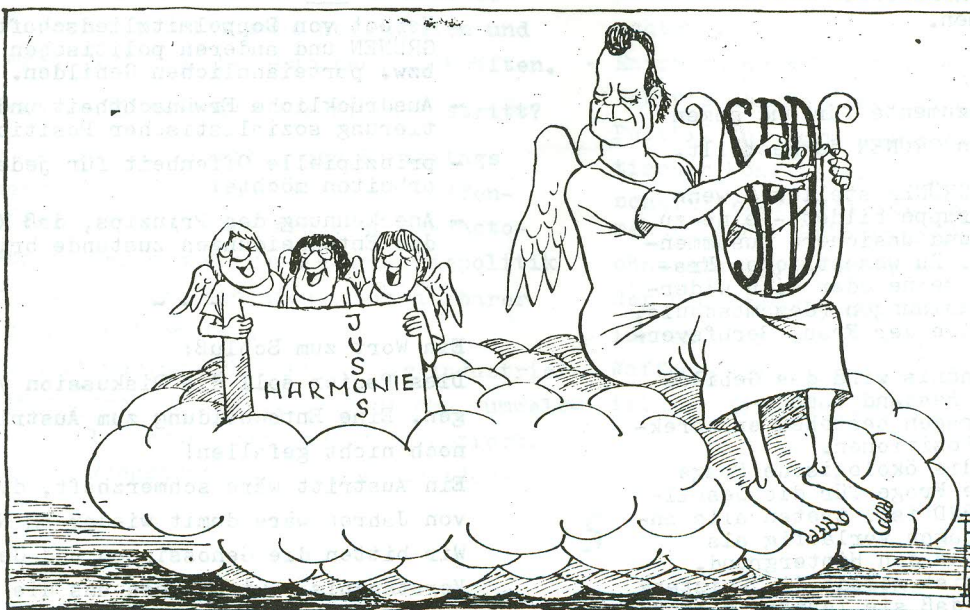
Die bis hier dargestellten Inhalte sind nichts Neues und somit für sich genommen kein Anlaß aus der SPD auszutreten. Damit sollte die Situation vielmehr insgesamt "ausgeleuchtet" werden.

- zu (b) -

Ob ein großer Teil der Jusos (in Gmhütte) austritt, hängt im Hinblick auf Sachfragen von 2 Gesichtspunkten ab:

1. Ob und mit welcher Mehrheit auf dem Parteitag der Ausbau der Atomenergie beschlossen wird.

Sollte dort eine 2/3 Mehrheit und mehr dem weiteren Ausbau der Kernenergie grünes Licht geben, dann geht es mit dieser Position in den nächsten Bundestagswahlkampf und infolgedessen in den 80er Jahren in den Atomstaat. Damit hätten auch die Kernkraft-Gegner keine Chance mehr, in den nächsten 3 bis 5 Jahren ihre Position durchzusetzen.



Genauso verhält es sich mit einem eventuellen Beschluß zur Zwischenlagerung. Damit ist der Einstieg in die Wiederaufbereitungstechnologie beschlossene Sache - kurz- oder mittelfristig auch kaum zurückzuspulen. (Ökonomisch gesehen bedeutet die Verabschiedung von Beschlüssen im obigen Sinne, daß die Atomindustrie sich auch in der SPD durchsetzt.

Ein Austrittsgrund in dieser Problematik kann dann nicht vorliegen, wenn die Frage der Nutzung der Atomenergie weiter offen gehalten wird.

2. Ob und mit welcher Mehrheit die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD beschlossen wird.

Von seiten der UdSSR ist ein Angebot gekommen, das den Willen zum Ausstieg aus der Rüstungsspirale signalisiert und langfristig damit das Beenden des Rüstungswettlaufes möglich macht. Wenn die SPD als traditionell antimilitaristische, abrüstungsorientierte Partei die sogenannte "Nachrüstung" (welch makabre, heuchlerische Wortwahl) beschließt, bedeutet diese Entscheidung, sich aus der eigenen Geschichte hinauszukatapultieren. Dies wäre ein historisches Versagen, vergleichbar mit der Bewilligung der Kriegskredite im 1. Weltkrieg oder der Unterstützung der Rüstung in der Bundesrepublik. Ein Pro-"Nach"-rüstungs-Beschluß bedeutet für die 80 er Jahre verstärkte Rüstungsausgaben und eine Verschärfung des Rüstungswettlaufes.

Sollten die Punkte 1. und 2. die Konsequenz des Austritts haben, kann dieser jedoch erst dann als Möglichkeit wahrgenommen werden, wenn die einzige Alternative zur SPD - die GRÜNEN - in ihren politischen Möglichkeiten diskutiert sind. Im Klartext: Ein Austritt kann nur sinnvoll sein, wenn die GRÜNEN mittelfristig inhaltlich, organisatorisch und bundespolitisch eine Position bekommen.

- zu (c) -

Im Folgenden sind Argumente für und gegen einen Beitritt zu den GRÜNEN dargestellt.

1. Contra Grüne: Die GRÜNEN stellen - wenn sich eine Gruppe bildet - eine zu divergente und unsichere Zusammenballung dar. Zu wesentlichen Fragen gibt es keine oder sich widersprechende Meinungen (Gesamtschule, Rüstung, Rolle der Frau, Berufsverbote ...)

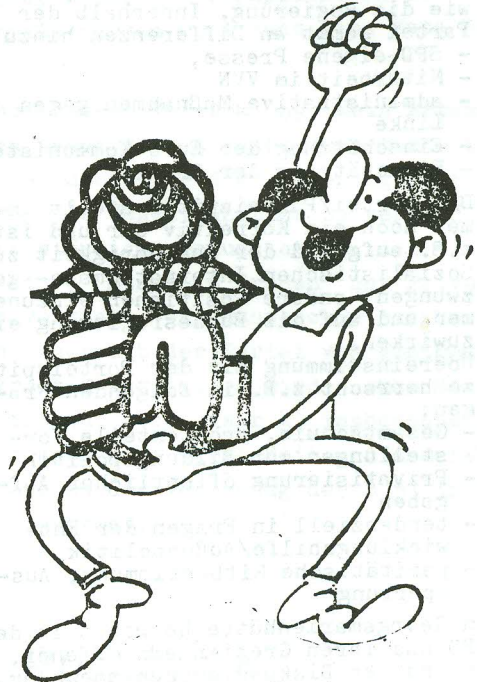
Als Zweckbündnis wird das Gebilde nicht lange Bestand haben. In vielen Fragen bestehen erschreckend naive Positionen.

Pro Grüne: Wenn die ökologische Frage die zentrale Frage für die Gesellschaft der BRD ist, treten alle anderen Sachfragen vorläufig als zweitrangig in den Hintergrund. Außerdem bewist gerade die Existenz der GRÜNEN, daß sie lernfähig sind - sonst gäbe es sie gar nicht.

Ein längerfristiger Bestand der grünen Bewegung ist nicht unbedingt erforderlich. Wenn die Atomkraft in der BRD verhindert ist, haben die GRÜNEN ihre historische Aufgabe (eventuell) erfüllt.

2. Contra Grüne: Bei den Grünen werden sich Fragen, die für Linke wesentlich sind, kaum stellen. Spätestens bei der Behandlung solcher Fragen werden Flügelkämpfe ausbrechen.

Pro Grüne: Das Problem ist allen Beteiligten klar. Der Ansatz, Sachfragen einzuteilen in solche, in denen Konsens besteht, in denen Konsens möglich ist und in denen kein Kon-



sens vorhanden und auch kaum möglich ist, macht eine offene Auseinandersetzung möglich und fruchtbar und läßt vor allem das zentrale Ziel im Blickpunkt.

Bedingungen für eine Mitarbeit bei den GRÜNEN wären in jedem Falle:

- Existenz einer einheitlichen Gruppe (Liste) Bunte und Grüne!
- Verbot von Doppelmitgliedschaften bei den GRÜNEN und anderen politischen Parteien bzw. parteiähnlichen Gebilden.
- Ausdrückliche Erwünschtheit und Respektierung sozialistischer Positionen.
- prinzipielle Offenheit für jeden, der mitarbeiten möchte!
- Anerkennung des Prinzips, daß Mehrheiten die Entscheidungen zustande bringen.

Ein Wort zum Schluß:

Dies Papier soll die Diskussion voranbringen. Eine Entscheidung zum Austritt ist noch nicht gefallen!

Ein Austritt wäre schmerzhaft, die Arbeit von Jahren wäre damit wieder am Nullpunkt. Wir bitten die Genossinnen und Genossen um Verständnis - wir machen uns die Entscheidung nicht leicht.

II.

Wieder einmal - zum soundsovieltenmal in der Geschichte der SPD - drohen Abspaltungen und Abspaltungen am linken Flügel der SPD.

Abwürgen der Antiatombewegung, Godesberg, Große Koalition, Ausschluß des Jusvorsitzenden - jedesmal wurden linke Genossen ausgeschlossen oder traten aus.

Diesmal - im Vorfeld der Bundestagswahl - geht es um Atomenergie und Abrüstung. Auf Treffen, in Anzeigen und Telefonaten werden die Adressen gesammelt und gebündelt von austrittswilligen Genossinnen und Genossen, die nach den zu erwartenden schlimmen Beschlüssen auf dem Berliner Parteitag gemeinsam, in Gruppen und öffentlichkeitswirksam aus der Partei austreten wollen.

Wer die Zuversicht hat, daß die Grünen in den Bundestag einziehen werden und kaum noch Unterschiede zwischen Strauß und Schmidt sehen kann, den wird keiner vom Austritt abhalten können.

Wem es aber um die Grenze der moralischen Selbstachtung geht, wer die unverantwortlichen Beschlüsse des Parteitages nicht mittragen kann und will, an den sei ein Appell zum Zäh-

nezusammenbeißen und Durchhalten gerichtet. Natürlich ist es gefährlich und schlimm, wenn die Schmidt-Genscher-Regierung durch Aufrüstungsbeschlüsse die Entspannungspolitik aufs Spiel setzt. Natürlich ist es gefährlich und schlimm, wenn Kernenergiepläne, vor denen Wissenschaftler warnen, durchgeboxt werden. Aber haben wir denn eine Alternative zur Arbeit in der SPD?

Einmal unterstellt, bei der nächsten Kommunalwahl kämen die Grünen in Georgsmarienhütte in den Rat. Sie würden 7,5 % der Stimmen erhalten und damit drei Ratssitze. Könnte ein Sozialist, der vielleicht einer der drei wäre, neben einem Musenberg, Zöllner oder Spata wirklich mehr im Rat erreichen als innerhalb der SPD-Fraktion?

Ist nicht eine Politik erfolgreicher, die versucht, die rechten Mehrheiten in der SPD zu verändern und die schlechten oder schlimmen Beschlüsse durch bessere zu ersetzen?

Jede Flinte im Korn bedeutet Mehrarbeit für die Linken die überbleiben!

III.

Worum geht es?

Zwei zentrale Problemkomplexe müssen bei der Entscheidung für oder gegen einen Austritt aus der SPD berücksichtigt werden.

Zum einen müssen die Gründe für einen Austritt erörtert werden; zum anderen müssen die sich bietenden Alternativen analysiert werden.

Beide Fragen sind unlösbar miteinander verbunden: denn ein Ja zum Austritt, ohne eine alternative politische Betätigungsmöglichkeit zu besitzen, bedeutet politische Resignation und ein weiteres Zurückweichen vor rechten Kräften.

Was spricht möglicherweise für einen Austritt?

- Der zu erwartende Beschluß des Parteitags zur Energiefrage bedeutet nicht ein Offenhalten der Optionen, sondern eine De-Facto-Fortsetzung der bisherigen Kernenergiepolitik (Jedes neue KW ist ein nicht revidierbarer Schritt in den Atomstaat).
- Die SPD hält uneingeschränkt an der industriellen Wachstumspolitik fest. Ökologische, umweltgerechte Ziele werden nur soweit akzeptiert, wie sie den Wachstumszielen nicht zuwiderlaufen.

- Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik betätigt sich ausschließlich als kapitalistisches Krisenmanagement. Strukturpolitik, Umverteilungsmaßnahmen, Reformen zur Demokratisierung und Humanisierung der Arbeitswelt und der Gesellschaft werden eindeutig der Sicherung von Wachstum, privaten Investitions- und Profitraten untergeordnet (siehe z.B. die Reaktion auf das neueste Sachverständigen Gutachten).
- Entspannungspolitik wird in der gegenwärtigen Debatte um die Mittelstreckenraketen auf eine Politik zur Vermeidung vordergründiger politischer Konflikte, zur Intensivierung wirtschaftlicher Kontakte und zur Schaffung sog. menschlicher Erleichterungen zurückgeschraubt, ohne eine echte Abrüstung und eine Auflösung der Blockgegensätze anzustreben (Bei Verhandlungen über gerade erst bewußt geschaffene Waffensysteme noch von Abrüstung zu reden, ist geradezu grotesk).

Zwingen diese Entwicklungen zum Austritt?

- Die Kernenergiefrage und allgemein die ökologische Problematik sind sicher von so weitreichender Tragweite, daß eine eindeutige Festlegung der SPD auf die Fortsetzung der bisherigen Richtung die Übereinstimmung mit der SPD in den Grundsätzen aufheben könnte.
- Die immer deutlichere Festlegung der SPD auf eine prokapitalistische Wachstums- und Krisenpolitik sowie die offensichtliche Abkehr von einer Politik echter Entspannung und Abrüstung begründen Zweifel an der grundsätzlichen Wandelbarkeit der SPD.
- Andererseits läßt sich in der Kernenergie- und Ökologiediskussion eine positive Entwicklung der Partei beobachten, und es ist zu vermuten, daß auch nach dem Parteitag die Debatte nicht beendet ist. Auch im Bereich der Sicherung demokratischer Rechte (z.B. "Radikalenerlaß") hat die SPD in letzter Zeit einen positiven Lernprozeß vollzogen und den Beweis für ihre Veränderbarkeit erbracht.
- Es bleibt aber die Frage, ob die Ermöglichung der Diskussion (z.B. durch die Einrichtung der 'Foren') und die Abschaffung bestimmter Praktiken in der Rechtsstaatspolitik nicht nur eine bewußte Integrationsstrategie darstellen, ohne bereit zu sein, die Grundrichtung der praktizierten Politik auch nur in Frage stellen zu lassen.

Welchen Grundsätzen müßte eine theoretische Alternative folgen?

Theoretisch müßte sich eine Alternative zur SPD gleichzeitig und untrennbar miteinander verbunden ökologisch und antikapitalistisch ausrichten.

Antikapitalismus allein, d.h. Veränderung der Produktionsverhältnisse bei unbegrenzter Produktivkraftentwicklung, gewährleistet noch keine ökologische, von der notwendigen Schonung natürlicher Ressourcen ausgehende Politik. In diesem Sinne ist also auch eine Revision der traditionellen marxistischen Grundüberzeugung unumgänglich, die eine volle Entfaltung der Produktivkräfte und ungehinderten materiellen Fortschritt gerade erst im Sozialismus für möglich hält.

Andererseits muß ökologische Politik zwangsläufig antikapitalistisch sein, da der Kapitalismus quasi als Naturgesetz unkontrolliertes Wachstum und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beinhaltet.

Inwieweit sind SPD und 'Grüne' ökologisch und antikapitalistisch?

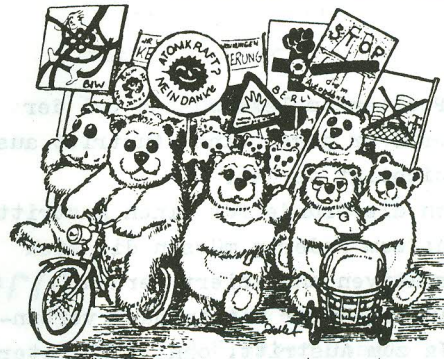
Die 'grüne' Bewegung artikuliert eine ökologisch-antikapitalistische Konzeption zur Zeit deutlicher als die SPD.

Während die SPD in ihrem Volksparteikonzept

nur so vage Zielvorstellungen wie die Verwirklichung von Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität anstrebt und in der Praxis eine Politik der sozialen Status-Quo-Sicherung betreibt, bieten die 'Grünen' z.B. in den Begriffen ökologisch, antikapitalistisch, dezentral, basisdemokratisch und gewaltfrei, wie es scheint, eine konkretere und den Erfordernissen angemessenere Orientierung an. Allerdings hat sich die Tragfähigkeit dieser Grundüberzeugungen im politischen Alltag noch nicht erwiesen. In der aktuellen Debatte innerhalb der 'Grünen' ist vielmehr schon jetzt eine äußerst kontroverse Auseinandersetzung über diese Begriffe zu beobachten.

Können Sozialisten bei nicht antikapitalistisch ausgerichteten 'Grünen' mitarbeiten?

Größere Kreise der 'grünen' Bewegung sind heute offensichtlich noch nicht bereit, die kapitalistische Grundstruktur der Gesellschaft und Wirtschaft anzutasten. Sie sehen die Ökologieproblematik völlig losgelöst von den herrschenden Produktionsverhältnissen und fordern daher ein mehr oder minder naives "Zurück zur Natur" und den individuellen Verzicht. Die Ursache hierfür liegt vor allem in der sozialen und ökonomischen Privilegierung weiter Kreise der 'Grünen' begründet; ihnen fällt der persönliche Verzicht daher nicht sonderlich schwer. So scheint eine Mitarbeit bei den 'Grünen' für einen konsequenten Sozialisten unter diesem



„Diese Bürgerinitiativen sind zur Landplage geworden.“

Gesichtspunkt nicht möglich zu sein. Breiten Kreisen der Bevölkerung ist die Forderung nach Wachstumsbegrenzung durch privaten Konsumverzicht verständlicherweise kaum nahezubringen, da sie sich zurecht gegenüber den Vertretern der Wachstums- und Konsumbeschränkung noch immer in einer sozial und ökonomisch schlechter gestellten Position sehen. Eine Verankerung ökologischer Forderungen in breiten Schichten, besonders unter Arbeitern, setzt also gleichzeitig die Verwirklichung radikaler gesellschaftlicher Gleichheit voraus. Eine Änderung des Bewußtseins der Arbeiterschaft wird zusätzlich erschwert durch den auf Marx basierenden materiellen, unbegrenzten Fortschrittsglauben in der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung.

Notizen, Notizen, ...

Dennoch ist für einen Sozialisten eine Mitarbeit bei nicht von vornherein antikapitalistischen 'Grünen' grundsätzlich auszuschließen. Eine ökologische Bewegung wird sich aufgrund der Grundprinzipien des Kapitalismus zwangsläufig auf Dauer antikapitalistisch ausrichten müssen. Andererseits muß eine antikapitalistische, auf Marx aufbauende Organisation noch keineswegs automatisch auch ökologische Ziele verfolgen. Während bei den 'Grünen' somit auf eine stärker antikapitalistische Ausrichtung hinzuwirken ist, muß in traditionell sozialistischen Gruppierungen die ökologische Komponente fester verankert werden. Schaut man sich unter diesem Aspekt die 'Grünen' und die SPD an, muß man feststellen, daß bei den 'Grünen' zumindestens über die ökologische Ausrichtung Einigkeit herrscht, in der SPD sowohl ökologische als auch antikapitalistische Überzeugungen nur von Randgruppen vertreten werden.

Bieten die 'Grünen' eine politisch-organisatorische Alternative?

Unter organisatorischen Gesichtspunkten stellen die 'Grünen' bis heute noch keine akzeptable politische Aktionsbasis dar.

- Zum einen wird eine Organisierung in einer Partei in weiten Teilen der 'grünen' Bewegung prinzipiell abgelehnt. Die Basisverankerung einer 'grünen' Partei ist deshalb sehr skeptisch zu beurteilen.
- Innerhalb 'grüner' Partei- und Wahlinitiativen gibt es einige grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über Inhalte und Form der zu gründenden Organisation. Eine einheitliche, geschlossene 'grüne' Partei ist noch nicht in Sicht.
- Die größte und am meisten beachtete Initiative, die sog. "Europa-Grünen", auf deren Basis im Januar eine Partei entstehen soll, ist die am wenigsten antikapitalistische Gruppierung. Solange sie nicht z.B. die GLH (Grüne Liste Hessen) oder die 'Alternativen' aus Berlin integrieren kann, stellt sie keine annehmbare politische Aktionsbasis dar.

In der letzten ZdJ hatten wir eine kritische Anfrage an die Arbeit des hiesigen Jugendpflegers abgedruckt. Der Fairness halber schickten wir ihm diesen Artikel zu - mit der Bitte um eine Stellungnahme für die vorliegende Nummer. Auf diese Stellungnahme warten wir bis heute, anscheinend sind wir zu unwichtig.

Zur Sache selbst: Unsere Fragen bleiben!

Überraschend hat der Genosse Hans Warnke mitgeteilt, daß er im Januar 1980 nicht wieder für den Vorsitz im Stadtbezirk Oesede kandidieren wird. Das wird die SPD in Oesede vor einige Probleme stellen.

Eine Kontinuität der Arbeit ist nur zu erhalten, wenn nicht ein Exponent irgendeines Flügels oder irgendeiner Richtung der neue Vorsitzende wird!

Am Samstag, dem 15. Dez. 1979, 14.30 Uhr, findet in Bramsche im Parteibüro eine Unterbezirkskonferenz der Jusos im UB-Osnabrück Land statt. Es sollten möglichst viele kommen, da dies die erste größere Parteiveranstaltung nach dem Parteitag in Berlin sein wird. Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung ist die Wahl der Delegierten für die Bezirkskonferenz.

Mitfahrgelegenheiten über die bekannten Jusos hier im Ort.

Die letzte Ratssitzung im Jahr 1979 findet am Montag, dem 17.12.79 um 17.00 Uhr statt. Traditionell geht es bei der letzten Sitzung meistens heftig und kontrovers zu.

Also: wer mal ein wenig Auseinandersetzung auf kommunaler Ebene erleben möchte, der sollte kommen!

GELEGENHEIT



Bei den Jusos-Gmhütte sind die verschiedensten Anti-Atomkraft-Aufkleber gegen Unkostenerstattung erhältlich (außerdem noch Unmengen an Informationsmaterial), z.B. "Atomkraft - Nein Danke", "Gorleben soll leben", "Stoppt die Atomindustrie", ...

Material über Franz Josef Strauß (PDI-Broschüren) und andere Rechte sowie Anti-Strauß Aufkleber sind gleichfalls zu haben.

Die großen Plakate zu unseren "Wochen gegen Neonazis" sind noch zum Preise von 50 Pf bei uns erhältlich, ebenso kann man auch noch diverses Material über Neo-Nazis (gegen Unkostenerstattung) erhalten, z.B. die bekannten PDI-Broschüren.

Anfragen oder Bestellungen :
Jusos Gmhütte, Küferstr. 1 oder
Jusos Gmhütte, Böttcherstr. 24

G.M.Hütte unter Beton?

Straßenbauprojekte allerorten: Ausbau der B 51, Ausbau der Kreisstraße 333 (Borgloher Str.), Ausbau der B 475 usw., usw....

Ein besonderes Kabinettstückchen leisten sich die Behörden (beteiligt sind die Bundesregierung, die Landesregierung und alle hiesigen Bundes- und Landtagsabgeordneten) mit dem Bau der Autobahn von Osnabrück nach Bielefeld und weiter nach Paderborn.

Der besondere Clou der Planung liegt darin, daß gleichzeitig auch die B 68 ausgebaut wird. Dieser Ausbau ist in der Tat dringend erforderlich! Allerdings erübrigt sich dann der Bau der A 33, da dann auf wenigen 100 m Abstand zwei gut ausgebaute Straßen nebeneinander verlaufen.

Daß für die Umgehung von Dissen etwas getan werden muß, liegt auf der Hand. Eine Lösung, die den Teutoburger Wald nicht antastet, ist zwischen Dissen und Bad Rothenfelde aber ohne weiteres denkbar. In Hilter wäre eine Umgehung entlang der Eisenbahnlinie ohne die Vernichtung von Wald in großem Stil möglich.

Die großangelegte Neuerstellung der A 33 würde jedoch den fast unberührten Teutoburger-Wald zwischen Osnabrück und Bielefeld in unverantwortlicher Weise zerstören. In einer Länge von etwa 40 km würde eine Schneise in den Wald geschlagen, die das sowieso schon angeschlagene ökologische Gleichgewicht vollends kaputt machen würde.

Zigtausend für die Schickeria!

Der Stadtrat von G.M.Hütte hat für 1979 und 1980 einen Zuschuß an den Tennisclub Harderberg von insgesamt 60.000 DM bewilligt. In den vergangenen Jahren haben den gleichen Beitrag schon die Tennisvereine von Kloster Oesede, Oesede und Alt-G.M.Hütte erhalten.

Um diesen Beschluß würdigen zu können, muß man folgendes wissen: so gilt als Faustregel, daß pro Spielfläche maximal 50 Mitglieder in einem Verein sein sollen. Das heißt für den TC Harderberg bei 4 Spielflächen also maximal 200 Mitglieder. Zeitweise Aufnahmestopps und andere Methoden, die Aufnahmen zu kontrollieren, gehören zu den gängigen Praktiken der Clubs. Weiter am Beispiel Harderberg: Als Eintrittsgebühr zahlt man 350 DM; der Jahresbeitrag beträgt 110 DM, wobei für Familien eine Ermäßigung gewährt wird; außerdem zahlen die Mitglieder eine Bauunlage von 100 DM (zum Ver-

Wo endet das eigentlich einmal? Geht es nach den Vorstellungen der Straßenplaner, so gibt es in der Zukunft in G.M.Hütte folgende Ansammlung von Riesen-Straßen:

- (1) die vorhandene B 51
- (2) die A 33
- (3) die B 68
- (4) die ausgebaute L 95 als Autobahnzubringer (Motto: "breit, gerade, schnell")
- (5) eine ebenfalls als Autobahnzubringer durchgebaute Wellendorfer Straße
- (6) die ausgebaute Kreisstraße 333 als weiterer Autobahnzubringer
- (7) Vielleicht etwas später eine Verlegung der B 51 über die Hohe Linde in Richtung Voxtrup
- (8) innerörtliche Strassen: Schauenroth, Südring, Stadtring, durchgebaute alte Heerstraße; Ausbau der Niedersachsenstraße durch den jetzt schon abgeholzten Wald und das Industriegebiet Osterheide, begründet durch Halbergen bis Holzhausen
- (9) Gedacht wird an den Durchbau der B 60 in Harderberg über das Gut Osthoff, an Holzhausen vorbei bis Hagen, an die Verlegung der Sutthausener Straße an Holzhausen vorbei ... und...und...und???

Stadt im Grünen? - Ha, ha, ha ... ein irrer Werbegag!!

gleich: in Kloster Oesede beträgt die Eintrittsgebühr 350 DM und der Jahresbeitrag 230 DM). An Kosten hinzu kommen die Gebühren für einen Tennislehrer (20 DM pro Stunde; ca. 8 - 10 Stunden) in der Anfängerzeit sowie die Gebühren für die Hallenbenutzung im Winter.

So kann man sich leicht ausrechnen, wer in den Tennisvereinen Mitglied ist - mit Sicherheit nicht der Arbeitnehmer bei einem Durchschnittseinkommen von 1300 bis 1500 DM und zwei Kindern in der Familie. Jeder, der in der BRD Exklusiv-Sportarten wie Tennis, Reiten, Golf, Squash u.ä. ausüben möchte, sollte dies tun können. Allerdings sollte er es auch selbst bezahlen; öffentliche Zuschüsse für diese Exklusivinteressen - man sollte vor Scham erröten!!

Gegendarstellung

Liebe Genossen von der zdj-Redaktion!

In Eurem Artikel "Jusos im Aufwind" in der zdj Nr. 9 über das Fußballspiel der Jusos gegen Torpedo Tannenkamp werden einige unwahre Behauptungen aufgestellt, die wir hiermit richtigstellen wollen.

1. Ihr behauptet, die Mannschaft von Torpedo Tannenkamp sei "eine hochklassige, fast bundesligareife Elf". Diese Charakterisierung unserer Elf trifft zwar im Allgemeinen zu, nicht jedoch für dieses Spiel. Trotz des klaren Ergebnisses (5:1) hat unsere Mannschaft unter aller Sau gespielt. Gegen die (pardon) Rentnertruppe der Jusos wäre ein zweistelliges Ergebnis leicht zu erzielen gewesen.

2. Unwahr ist die Behauptung, die Jusos hätten eine Halbzeit lang "überzeugt". Es wäre wohl angemessen von einer stümperhaften Leistung zu sprechen. Das Führungstor der Jusos kam nur dadurch zustande, daß sich unser Torwart B. Brehm durch aufreizende Gesten der Juso-Spielerfrauen ablenken ließ.

3. Eine "mitreißende Kombination" der Jusos hat es nur ein einziges Mal gegeben, als unsere Abwehrspieler an der Eckfahne einen Apfelkorn zu sich nahmen und einen Juso-Angriff übersahen.

Laut "Niedersächsischem Presserecht" sind wir verpflichtet Gegendarstellungen abzdrukken, auch wenn es sich wie in diesem Fall um offensichtliche Lügen handelt. Unser Recht ist es aber diese Lügen richtigzustellen.

Natürlich ist Torpedo Tannenkamp im "Allgemeinen" nicht fast bundesligareif, sondern nur an diesem betreffenden Samstag. Übersteigerter Ehrgeiz, wenigstens beim Fußball einmal besser zu sein, als die heimlich um ihre politischen Fähigkeiten beineideten Jusos, erklärt diese Leistungsexplosion.

Mit Sorge erfüllt es uns, daß die Spieler von Torpedo augenscheinlich zu Dopingmitteln gegriffen haben. Gerade die aufputschende und schädliche Wirkung von Apfelkorn ist ja jedem bekannt. Bei den Torpedo-Spielern scheint es schon zu Halluzinationen und Bewusstseinstrübungen zu kommen. Wie anders lassen sich die "aufreizenden Gesten" der nichtvorhandenen Juso-Spielerfrauen und das Übersehen der Klasseleistung der Jusos erklären?

4. Der Ausdruck "Juso Renegaten" ist ja wohl unpassend! Alle Torpedo-Spieler sind konsequente marxistisch-leninistische Vorkämpfer der westdeutschen Arbeiterklasse und wenden sich entschieden gegen den Opportunismus der bourgeoisen Juso-Führung in Georgsmarienhütte.

5. Der Torwart der Jusos ist sehr wohl auf der Egge (und über die Grenzen der Egge hinaus!) unter dem Namen Samson bekannt. Wie er in einem vertraulichen Gespräch zugab, hat er sich den Namen "Jaschin von der Egge" aus persönlicher Eitelkeit selbst zugelegt.

6. Im Zusammenhang mit dem Faß Bier wurde dem Coach von Torpedo Tannenkamp der Satz in den Mund gelegt: "Wenn es um 'was wichtiges geht, sind wir immer gut". Unser Coach hat eidesstattlich versichert, daß diese Worte nicht über seine Lippen gingen. Wer das wirklich gesagt hat, verraten wir natürlich nicht.

Wir verbleiben in der (wohl vergeblichen) Hoffnung auf eine zukünftig faire und objektive Berichterstattung in der zdj.

Die Spieler von Torpedo Tannenkamp

Daß die Spieler von Torpedo Tannenkamp die "konsequenten marxistisch-leninistischen Vorkämpfer der westdeutschen Arbeiterklasse" sind, bestreiten wir ja garnicht. Sie kämpfen sich was vor, und wir wirklich. Sogar ohne Führung, der wir garnicht bedürfen, und deshalb nicht opportunistisch und schon lange nicht bourgeois sein kann.

Der Torwart der Jusos, der "Jaschin von der Egge", bestreitet es auf das heftigste jemals mit einem Spieler von Torpedo Tannenkamp oder einem ihrer Sympathiesanten "vertraulich" gesprochen zu haben. (Wieder eine Halluzination der Torpedo-Spieler?)

Zuletzt haben wir uns den Spaß gemacht, den Eid vom Coach von Torpedo zu überprüfen. Zu unserer Überraschung kein Meineid. Die Formulierung des allseits bekannten Bauchredners lautete: "Ich schwöre, daß die Worte: Wenn es um 'was wichtiges geht, sind wir immer gut! im Zusammenhang mit dem Faß Bier nicht über meine Lippen gekommen sind."



Ein Männlein steht im Walde...

Ende November veranstaltete die SPD Oesede ein Gespräch mit MdB Alfred Emmerlich, bei dem es recht turbulent zuging. Es waren nämlich viele Bewohner (mehr oder weniger nah) der B 51 in Oesede-Süd erschienen. Einige Dinge waren sehr verwunderlich: Sollte die SPD auf Kreise setzen, die niemals unsere Wähler waren und es niemals sein werden? Ob für oder gegen die B 51 - politisch auf bestimmte privilegierte Kreise zu setzen, erscheint uns für die SPD höchst riskant! Einige Äußerungen auf dieser Veranstaltung gehören der Nachwelt erhalten. So vertrat ein "Genosse" allen Ernstes die Auffassung, daß neugebaute Straßen durch Waldgebiete erst die ganze Schönheit des Waldes für den Betrachter deutlich macht. Als praktisches Beispiel führte er die Sauerlandlinie an, von der man einen wunderbaren Ausblick in das Sauerland habe. In diesem Sinne sei auch eben eine neutrassierte B 51 zu sehen. Das haben die Gegner der Verlegung nicht verdient! Damit ist unsere ganze Argumentation hinfällig! Wir fordern deshalb noch viel, viel mehr Straßen, weil unsere Natur eigentlich erst dann wirklich schön wird!

In einem ähnlichen Sinn äußerte sich MdB Emmerlich. Er meinte, daß durch die neue B 51 die Gegend erst wirklich erschlossen werde. Nach seinem eigenem Bekunden kennt er die Gegend sehr gut, so daß diese Worte aus seinem Munde nur höchste Verwunderung auslösen können. Anscheinend erschließen weder die Waldstraße am Musenberg noch die Borgloher Straße noch die vorhandene B 51 noch die Straße Schurloh den Teutoburger Wald. Die Parkplätze an der Borgloher Straße werden wohl auch eine Fata Morgana sein.

Fazit nach dieser Versammlung: kein Argument - neben den wesentlichen Sachargumenten - ist zu dumm, um es nicht für die Verlegung oder vielmehr gegen die Umweltschützer zu verwenden. Neben der ständigen Denunziation, daß die Bürgerinitiative "Stadt im Grünen" nur Privatinteressen vertrete, ein ganz schön starker Tobak. Daß auch innerhalb der Partei von einigen Genossen kräftig intrigiert wird - ohne Sachargumente - ist nur noch traurig, insbesondere wenn diese Genossen erst kurze Zeit und anscheinend nur zum Zwecke der Verlegung der B 51 in der Partei aktiv sind.

Wochen gegen Neo-Nazis - ein Rückblick

Ende Oktober haben wir unsere "Wochen gegen Neonazis" durchgeführt, auf die wir schon in den früheren Ausgaben der ZdJ mehrfach hingewiesen hatten. Hier nun ein Resümee der wohl aufwendigsten Juso-Aktion der letzten Jahre:

Es begann am 20. Oktober mit einer Eröffnungsveranstaltung, in der Filme, Texte und Musik dargeboten wurden und in der O. Hummel als Vertreter der Stadt und R. Korte von den Jusos einleitende Worte sprachen.

Die Ausstellung "Deutschland erwacht", die in den beiden Wochen gezeigt wurde, befriedigte unsere Erwartungen nicht ganz, besonders für jüngere Schüler war sie ohne Vorbereitung nur schwer zugänglich. Alles in allem wurde die Ausstellung von gut 1000 Besuchern gesehen, wovon die überwiegende Mehrheit aber Schüler waren, die von ihren Lehrern "geschickt" worden waren.

Erfreulich war die große Beteiligung Jugendlicher an der Fahrt zu den ehemaligen KZ-Lagern im Emsland, an der knapp 40 Leute teilnahmen; ganz gut besucht war auch der Film "Der Untertan" von H. Mann.

Zu einer großen Enttäuschung wurde für uns der schwache Besuch des Gesprächsabends mit dem ehemaligen Bremer Senator und Bundestagsabgeordneten Seyfritz (SPD), zu dem wir gerade unsere älteren Genossen erwartet hatten - leider vergeblich!!!

Die abschließende Diskussion zum Thema "Kirche im III. Reich" hatte wieder einen besseren Besuch (ca. 60 Leute), es war auch die einzige Veranstaltung, zu der nicht fast ausschließlich jugendliche Besucher kamen.

Wie aktuell die Thematik dieser "Wochen gegen Neonazis" ist, zeigte übrigens auch, daß wir mehrmals "Besuch" von Mitgliedern der "Jungen Nationaldemokraten" hatten, die z.T. sogar in uniformähnlichem schwarzen Aufzug erschienen. Die Diskussion mit diesen Leuten ließ erkennen, wie nötig umfassende Aufklärung über solche rechtsradikalen Gruppen ist, ließen uns aber andererseits auch die Gründe erahnen, die diese Jugendlichen dazu bewegen, nationalistischen oder faschistischen Ideologien nachzulaufen.

Die Frage, ob diese "Wochen" ein Erfolg waren, muß man unter verschiedenen Aspekten stellen und beantworten.

Von den reinen Besucherzahlen her gesehen kann man durchaus von einem Erfolg sprechen. Über 1200 Besucher in Ausstellung und Begleitveranstaltungen, das war doch mehr, als Pessimisten unter uns vorhergesagt hatten. Auch die Berichterstattung über unsere Aktionen kann durchaus als Erfolg verbucht werden. In der NOZ waren alle zwei oder drei Tage Berichte über die "Wochen" zu lesen, in der Neuen Freien Presse erschien ein längerer Artikel, im Radio wurde mehrmals auf die Veranstaltungen hingewiesen und sogar im SPD-Parteiblatt "Vorwärts" stand ein kurzer Bericht (auf Seite 2!!!).

Als Reinfeld muß man dagegen die "Wochen gegen Neonazis" bewerten, wenn man die Resonanz in der mittleren und älteren Generation betrachtet. Ganz besonders enttäuschend war das völlige Desinteresse unserer älteren Genossen. Von einigen Vertretern der örtlichen Parteispitzen (und den Genossen Timmermann und Haunhorst) abgesehen, ließ sich kein einziges älteres Parteimitglied sehen. (Sollten wir jemand übersehen haben, bitten wir schon jetzt um Entschuldigung!).

Gerade dem prominenten SPD-Politiker und ehemaligen Senator Seyfritz gegenüber war es uns geradezu peinlich, daß auch nicht ein einziges SPD-Mitglied über 30 Jahren erschienen war. Der Eindruck, den der "altgediente" Sozialdemokrat Seyfritz von der GMHütter SPD gewonnen hat, muß geradezu erschütternd gewesen sein.

Mitglieder der Jungen Union (u.a. der niedersächsische JU-Vorsitzende Brickwedde) waren fast häufiger anzutreffen als unsere Genossen aus der älteren Generation. Woran mag das gelegen haben?



Sicherlich doch nicht am Thema "Neonazis", das doch gerade in der SPD zur Zeit ganz intensiv diskutiert wird. Es kann auch niemand sagen, daß er nicht über die Veranstaltungen informiert gewesen wäre, Informationen und Hinweise gab es wirklich genug (in der ZdJ, im SPD-Veranstaltungsplan, in der NOZ, im Radio) - nicht zuletzt auch durch unsere aufwendige Plakataktion.

Es scheint letztlich so zu sein, daß die älteren SPD-Mitglieder ganz einfach kein Interesse (und noch weniger Verständnis) für die Arbeit ihrer Jugendorganisation aufbringen.]

Während die GMHütter Sozialdemokraten kaum Interesse für die "Wochen gegen Neonazis" zeigten, fanden wir in der Presse mehr Beachtung: Selbst der "Vorwärts" druckte einen kurzen Artikel (Vorwärts Nr. 48, 22. Nov.):

Alleingelassen

Zwei „Wochen gegen Neonazis“ haben die Jusos in Georgsmarienhütte bei Osnabrück veranstaltet, nachdem im Sommer Nazi-Parolen an Schulen der Stadt auf die Wände geschmiert worden waren. Sie brachten jetzt eine Ausstellung „Deutschland erwacht“ in ihre Stadt, organisierten eine Fahrt zu den ehemaligen Emsland-KZs, zeigten den Film „Der Untertan“ und veranstalteten zwei Diskussionsabende. Ob sie mit dem Ergebnis so recht zufrieden sein sollen, müssen sie sich jetzt fragen. Zwar mobilisierten sie — bei 30 000 Einwohnern — rund 1250 Menschen, aber sie wunderten sich über schwaches Interesse innerhalb der örtlichen SPD — Parteispitzen ausgenommen. Zudem stellte die Stadt keinen Raum für ein Rock-Konzert zur Verfügung, mit dem zur Finanzierung beigetragen werden sollte. Jetzt hat die Kasse ein Loch.

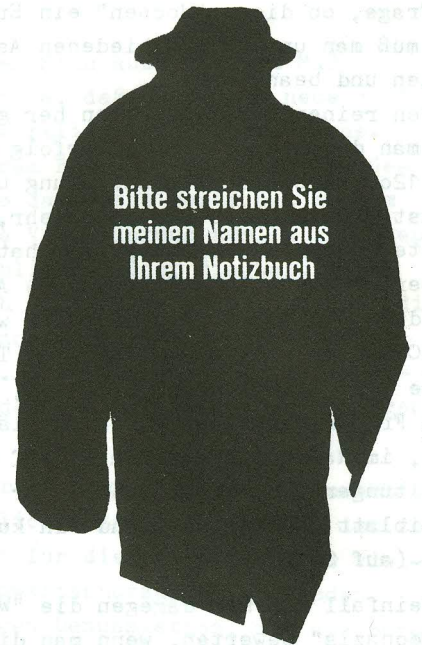
„Wo blieben unsere älteren Genossen.“

Radwegeplan der SPD

In dieser Ausgabe der ZdJ ist viel von den Differenzen zwischen Jusos und SPD die Rede (Austrittsdiskussion). Daß es aber auch viele Gemeinsamkeiten gibt, gerade hier in Gmhütte, darf dabei aber nicht übersehen werden. Ein Beispiel dafür, daß die SPD durchaus auch Themen aufgreift, die von uns Jusos angeregt worden sind, ist die Forderung nach Radwegen.



Schon 1978 hatten die Jusos das Problem "Radwege" angesprochen und u.a. über 400 Unterschriften für den Bau von Radwegen in Gmhütte gesammelt und eine Informationsfahrt per Rad unternommen. Jetzt hat die SPD-Fraktion einen konkreten Plan ausgearbeitet, der (auch unsere) Vorstellungen von einem Gmhütter Radwegenetz wiedergibt. Dieser Radwegeplan ist bei uns erhältlich!



Reklame verstopft die Briefkästen

OBERURSEL. Wer sich über die Flut von Wurf- und Werbesendungen in seinem Briefkasten ärgert, kann dem mit einem Schreiben an den Adressenverleger- und Direktwerbeunternehmenverband e. V., Postfach 12 06, 6370 Oberursel, entgegenwirken. Der Verband hat eine bundesweite Liste erstellt, in die sich jeder eintragen lassen kann, der keine Werbung mehr per Post oder als Wurfsendung erhalten will. Ein Verbraucher habe zum Beispiel abgewogen, daß in einem Monat mit der sogenannten Direktwerbung mehr als 3,5 Kilo bedrucktes Papier seinen Briefkasten verstopfte, heißt es in einem Hinweis der Verbraucher-Zentrale Hessen. Ihe



Leider haben wir bisher erst ca. 40 Abonnenten für die ZdJ gefunden.

Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen!

Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr (plus 1 Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM +) im Jahr, ab Nr. 11.

N a m e:

Strasse:

Ort:

Datum/Unterschrift: _____

+) Mindestbeitrag pro Jahr DM 5,-!

(bitte ausschneiden und einsenden an:
Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, GMHütte

